

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 23. Sitzung des Bundesrates vom 14. Juni 1976

1. Aussprache mit dem Regierungsrat des Kantons Bern über die Entwicklung im Jura

Die Entwicklung im Jura beschäftigt den Bundesrat seit längerer Zeit, insbesondere den Chef des JPD in seiner Eigenschaft als Präsident der Jura-Delegation. Im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit eines Dialogs, der zwischen dem Regierungsrat des Kantons Bern und der Konstituante eingeleitet werden muss, hat der Bundesrat beschlossen, zunächst eine Aussprache mit dem Regierungsrat des Kantons Bern durchzuführen und anschliessend seine Delegation mit einer Delegation der Konstituante verhandeln zu lassen. In diesem Sinne erging Ende Mai die Einladung an den Regierungsrat des Kantons Bern.

Mit Schreiben vom 10. Juni 1976 hat inzwischen der Regierungsrat dem Bundesrat konkret formulierte Forderungen unterbreitet, die sowohl Gegenstand der vorbereiteten Aussprache im Kreise des Bundesrates allein als auch der anschliessenden Diskussion mit dem Regierungsrat des Kantons Bern sind. (Beilage 1)

In der vorbereitenden Aussprache im Kreise des Bundesrates unterstreicht Herr Furgler, dass der Brief des Regierungsrates des Kantons Bern unter keinen Umständen tel-quel akzeptiert werden kann. Er enthält eigentliche Vollzugsaufträge an den Bundesrat. In politischer Hinsicht haben zwar die Berner recht, wenn sie geltend machen, dass die Parole wichtiger Mitglieder der Konstituante: 'La lutte continue' den eidgenössischen Frieden stört. Herr Furgler hat dem Präsidenten dieses Organs, Herrn Lachat, bereits von den Bedenken und Sorgen des Bundesrates Kenntnis gegeben. Auch ein Satz in der neuen Verfassung, wonach in irgend einer Form Anspruch auf den Südjura, d.h. auf Gebiet eines andern Kantons, erhoben wird, ist politisch und psychologisch ungeschickt. Dasselbe gilt auch von der Wahl von Beobachtern aus dem Südjura, so beschränkt auch deren Mandat sein mag. Es ist in diesem Zusammenhang zu begrüssen, dass - wegen der Beobachter - der Weg der staatsrechtlichen Beschwerde beschritten wird, damit diese Angelegenheit von den zuständigen Gerichtsbehörden beurteilt werden kann. Für den Bundesrat stellt sich aber insbesondere die Frage, wie weit öffentlich auf die Begehren des Regierungsrates des Kantons Bern eingetreten werden kann. Wird nach der Aussprache mit dem Regierungsrat des Kantons Bern in einer Pressemitteilung erklärt, dass der Bundesrat den Forderungen des Regierungsrates zugestimmt hat, ist mit grosser Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass sich die zu einer Aussprache eingeladenen Delegierten der Konstituante gar nicht mehr nach Bern bemühen. Selbst in den Punkten, wo der Bundesrat mit dem Regierungsrat des Kantons Bern einig geht, ist deshalb sorgfältig zu prüfen, wie die Öffentlichkeit im jetzigen Moment informiert werden soll. - Der Rat nimmt von den Ausführungen des Chefs des JP Kenntnis und teilt dessen Bedenken.

In der um 11 Uhr beginnenden Aussprache mit dem Regierungsrat des Kantons Bern zeigt sich, dass die bernischen Behörden grundsätzlich die Notwendigkeit des Dialogs mit der Konstituante anerkennen, wenn auch einzelne Mitglieder Zweifel an konkreten Erfolgen wegen. An eine militärische Intervention denken auch die bernischen Behörden, wie einmütig unterstrichen wird, nicht. Hingegen liegt ihnen sehr daran, dass eine Delegation der Konstituante durch den Bundesrat darauf aufmerksam gemacht wird, dass das Verhalten extremistischer Kreise im Nordjura, insbesondere die Geltendmachung neuer territorialer Ansprüche gegenüber dem Kanton Bern, freundeidgenössischem Verhalten widerspricht. Sie, die bernischen Behörden, könnten die Konstituante nicht direkt rügen, da damit nur Oel auf das Feuer gegossen würde. Besondere Sorge machen ihnen auch weitere Grossanlässe, die in den nächsten Wochen geplant sind. Die bernische Polizei wird aber ein weiteres Mal versuchen, mit grösstem Einsatz der Lage selbst Herr zu bleiben.

Von Seiten des Bundesrates wird in diesem Zusammenhang unterstrichen, dass unbedingt ruhig Blut bewahrt werden muss. Politisch oder psychologisch ungeschickte Beschlüsse können die Lage nur verschlechtern. Wie der Bundesrat die Lage einschätzt, hat der Chef des JPD bei der Debatte über den Geschäftsbericht im Nationalrat bereits deutlich gesagt. Dass auch er rechtswidrige Akte aus dem Norden mit aller Schärfe verurteilt, ist ihm selbstverständlich. Demgegenüber ist es aber eine dominierende Sorge des Bundesrates, den Gesprächspartner nicht zu verlieren. Deshalb muss unbedingt darauf hingearbeitet werden, dass nach dem Kontakt der Jura-Delegation des Bundesrates mit einer Delegation der Konstituante das Dreiergespräch Bundesrat-Berner Regierung-Konstituante zustande kommt.

Gestützt auf die Aussprache wird beschlossen, die Oeffentlichkeit durch eine Pressemitteilung - ohne weiteren Kommentar - zu informieren (Beilage 2).

2. National-Oper Taiwan

Der Rat nimmt eine Orientierung von Herrn Bundesrat Furgler entgegen über ein Einreisebegehren der national-chinesischen 'National-Oper Taiwan' und die Schwierigkeiten, die sich damit namentlich aus diplomatischer Sicht ergeben. Die Angelegenheit wird vom JPD unter Fühlungnahme mit dem EPD weiter verfolgt.

16.6.1976 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

Beilagen

geht an die Herren Departementsvorsteher (7)
 Bundeskanzler (1)
 Vizekanzler (2)

Berne, le 10 juin 1976

Au Conseil fédéral

3003 Berne

Chers et fidèles Confédérés,

En vue de notre rencontre du 14 juin prochain nous vous précisons ci-après les points sur lesquels, nous fondant sur l'article 16 de la Constitution fédérale, nous demandons l'intervention du Conseil fédéral.

Nous insistons sur le fait qu'il ne s'aurait s'agir d'une intervention militaire sur territoire bernois, mais bien d'une intervention politique auprès du futur canton.

Le Conseil-exécutif demande au Conseil fédéral:

1. De dissiper définitivement toute ambiguïté sur le fait qu'au stade actuel de la procédure de formation du futur canton les devoirs de ce dernier à l'égard des autres cantons sont ceux d'un canton constitué, et que toute action dirigée par le canton en voie de formation contre l'intégrité du territoire du canton de Berne est une violation de la Constitution fédérale.
2. D'enjoindre la Constituante, élue par le peuple du futur canton pour élaborer sa Constitution, de renoncer à toute activité et propagande axée sur le mot d'ordre "la lutte continue", soit de
 - 2.1 s'abstenir d'inviter des observateurs du Jura bernois à ses séances
 - 2.2 s'abstenir, en tant que telle ou par l'un ou plusieurs de ses membres, de s'ingérer en paroles ou en actes dans les affaires internes du canton de Berne
 - 2.3 condamner publiquement les actes de provocation ou de violence commis par des personnes ou des groupes de personnes du futur canton dans le cadre d'actions séparatistes.

Considérant la gravité des décisions qui seront prises, nous vous proposons que l'ordre du jour de notre discussion se limite à ces quatre points, chacun d'eux

- 2 -

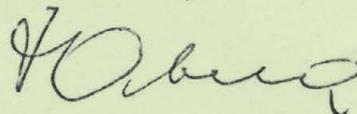
faisant l'objet:

- d'un exposé du Conseil-exécutif
- de la réponse du Conseil fédéral
- de l'annonce des mesures prévues par le Conseil fédéral

Nous saisissons l'occasion pour vous recommander avec nous, chers et fidèles Confédérés, à la protection divine.

Au nom du Conseil-exécutif

Le président: *iv.*



Le chancelier:



(Beilage 2 d)

Bundesrat und Berner Regierung zur Jurafrage

Der Bundesrat und der Regierungsrat des Kantons Bern trafen sich am Montag vollzählig zu einer längeren Aussprache über das Juraproblem. Dieses Treffen war bereits Ende Mai vereinbart worden.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand einerseits die Zunahme der Spannungen im Südjura, wo die politischen Gegensätze immer wieder und vermehrt mit Gewalt ausgetragen werden, und andererseits die Gründung eines Kantons im Norden mit all ihren politischen, rechtlichen und finanziellen Auswirkungen.

Der Bundesrat hat die Anwendung von Gewalt zur Lösung der Jurafrage im Parlament und in der Öffentlichkeit stets scharf verurteilt. Er fordert die Verantwortlichen auf, auch ihrerseits jede Gewaltanwendung öffentlich zu brandmarken und nichts zu veräumen, um in ihren Reihen Verständnis für die politische Ueberzeugung des andern zu wecken. Nur in einem Klima der Toleranz und des Vertrauens wird es möglich sein, Angst und Hass abzubauen und Gegensätze mit demokratischen Mitteln auszutragen.

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat die Gründe dargelegt, weshalb er um die Intervention des Bundesrates nachsucht. Er hat dabei betont, dass es sich nicht um eine militärische, sondern um eine politische Intervention handeln kann. Der Regierungsrat ersuchte den Bundesrat, "klarzustellen, dass sich die Pflichten des zukünftigen Kantons andern Mitgliedern der Eidgenossenschaft gegenüber, im heutigen Stadium des Verfahrens seiner Bildung, nicht von denen eines bereits bestehenden Kantons unterscheiden. Jede Handlung des im Entstehen begriffenen Kantons gegen die bernische Gebietsintegrität stellt daher eine Verletzung der Bundesverfassung dar."

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat diese grundsätzliche Haltung an Einzelfragen präzisiert. Der Bundesrat sicherte die unverzügliche Prüfung der aufgeworfenen Fragen zu. Er wird nach weiteren Abklärungen antworten.

Die Gründung eines neuen Kantons stellt den Bund wie den Kanton Bern vor schwierige Aufgaben. Der Bundesrat ist nach wie vor bereit, im Rahmen des möglichen konstruktiv am Aufbau des neuen Gliedstaates mitzuwirken. Zu diesem Zweck werden die Verhandlungen mit dem Berner Regierungsrat fortgesetzt.

Der Bundesrat erwartet vom jurassischen Verfassungsrat, dass auch er alles in seiner Macht stehende unternimmt, damit die Vorbereitung der Kantonsgründung nach demokratischen Spielregeln und insbesondere unter Respektierung der im Jura getroffenen Volksentscheide erfolgen kann. Wie schon früher bekanntgegeben, hat der Bundesrat seine Jura-Delegation beauftragt, mit dem Büro des Verfassungsrates ständige Kontakte herzustellen und alle Fragen mit ihm zu besprechen. Die erste Aussprache soll demnächst stattfinden.

Bern, den 14. Juni 1976

Le conseil federal et Le gouvernement bernois s'occupent de la question jurassienne

oid. Le conseil federal et Le conseil-executif du canton de berne se sont rencontres lundi au complet pour une discussion approfondie sur le probleme du jura. cette rencontre avait deja ete decidee a fin mai.

au centre de la discussion figurait d'une part l'accroissement de la tension dans le jura-sud, ou les antagonismes politiques se manifestent de plus en plus avec violence, et d'autre part la creation d'un canton dans le nord, avec tous ses effets politiques, juridiques et financiers.

Le conseil federal a toujours severement condamne, au parlement comme en public, l'utilisation de la violence pour resoudre la question jurassienne. il en appelle aux responsables afin que, pour leur part egalement, ils stigmatisent publiquement tout emploi de la violence et mettent tout en oeuvre pour favoriser dans leurs rangs la comprehension a l'egard de la conviction politique des autres. ce n'est que dans un climat de tolerance et de confiance qu'il sera possible de mettre fin a la peur et a la haine, et de reduire les antagonismes par des moyens democratiques.

Le conseil-executif du canton de berne a expose les raisons pour lesquelles il fait appel a l'intervention federale. il a insiste sur le fait qu'il ne saurait s'agir d'une intervention militaire, mais bien d'une intervention politique. Le conseil-executif a demande au conseil federal de 'dissiper toute ambiguite sur le fait que les devoirs du futur canton a l'egard des autres membres de la confederation ne sont, au stade actuel de la procedure de sa formation, pas differents de ceux d'un canton deja constitue. toute action dirigee par le canton en voie de formation contre l'integrite du territoire bernois est une violation de la constitution federale'.

Le conseil-executif du canton de berne a precise cette position fondamentale en relevant des cas particuliers. Le conseil federal a donne l'assurance qu'il examinerait sans delai les questions soulevees. il donnera sa reponse apres examen plus approfondi.

La creation d'un nouveau canton place la confederation comme le canton de berne devant des taches difficiles. Le conseil federal reste dispose a contribuer de maniere constructive dans la mesure du possible a la formation du nouvel etat confedere. a cette fin, les deliberations avec le conseil-executif bernois seront poursuivies.

Le conseil federal attend de la constituante jurassienne qu'elle aussi entreprenne tout ce qui est en son pouvoir afin que la creation du canton, dans sa phase preparatoire, puisse se derouler selon les regles democratiques et, en particulier, dans le respect des decisions populaires prises dans le jura. comme il a deja ete annonce anterieurement, le conseil federal a charge sa delegation pour la question jurassienne d'etablir des contacts permanents avec le bureau de la constituante et de discuter toutes les questions avec elle. La premiere discussion doit avoir lieu prochainement.